

Stellungnahme zur nationalen Suizidpräventionsstrategie (NaSuPS)

Im Mai 2024 hat der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach seinen Entwurf für eine nationale Suizidpräventionsstrategie (NaSuPS) vorgestellt. Der Berliner Krisendienst begrüßt diesen Schritt grundsätzlich und schließt sich der Forderung der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention nach einer gesetzlichen Verankerung der Suizidprävention an. Anlässlich der dazu veranstalteten Mahnwache vor dem Bundesgesundheitsministerium am 01. Juli 2024 fordern wir eine nachhaltige Umsetzung und eine ausreichende Finanzierung der Maßnahmen in der Suizidpräventionsstrategie.

Folgende Punkte müssen in der Ausarbeitung und Umsetzung der Strategie bzw. des Suizidpräventionsgesetzes sichergestellt werden:

- Der bundesweite Auf- und Ausbau und die flächendeckende Etablierung psychosozialer Krisendienste mit einer 24/7 - Erreichbarkeit in den Ländern und Kommunen ist dringend notwendig. Andernfalls läuft die vorgesehene zentrale Notrufnummer ins Leere. Die Krisenversorgung ist aktuell in den Bundesländern sehr unterschiedlich aufgestellt. So sind z.B. Krisendienste nicht flächendeckend verfügbar und nur wenige der vorhandenen Krisendienste sind rund um die Uhr erreichbar.
- Die Etablierung einer zentralen Krisendienst-Notrufnummer darf die Krisendienste der Länder und Kommunen in keiner Weise gefährden. Die Weiterleitung und Aufschaltung der nationalen Nummer auf die lokalen Krisendienste muss möglich sein. In Bundesländern und Kommunen, in denen diese lokale Struktur nicht vorhanden ist, müssen Alternativen gefunden werden.
- Die regionale Vernetzung bestehender Hilfsangebote und die Transparenz dieser Angebote für die Bürgerinnen und Bürger ist essentiell, damit Suizidprävention für alle Betroffenen vor Ort greifen kann. Dringend empfehlenswert ist der Aufbau regionaler bzw. kommunaler Netzwerke für Suizidprävention, wie es z.B. in Berlin bereits seit 2017 besteht.
- Der Anspruch der Strategie, keine Doppelstrukturen aufzubauen, sondern bestehende Strukturen zu nutzen und zu fördern, ist konkret einzulösen und wird über den Erfolg der Strategie für die Verbesserung der Suizidprävention in Deutschland entscheiden.
- Der Berliner Krisendienst steht für Austausch und Unterstützung bei der Entwicklung und beim Aufbau neuer Strukturen zur Verfügung. In Einzelfällen bestehen solche bilateralen Kontakte bereits. Darüber hinaus besteht ein kollegialer Austausch im Netzwerk „Krisendienste in Deutschland“, das aktuell vom Berliner Krisendienst koordiniert wird.
- Als notwendige Grundlage einer funktionierenden Suizidprävention fordern wir die stabile, langfristige und auskömmliche Weiterfinanzierung bestehender und bewährter Angebote.

Die Suizidprävention stellt ein zentrales und regelhaftes Thema in der Arbeit von psychosozialen Krisendiensten dar. Der Anteil an Gesprächen mit suizidalen Klient:innen lag im Jahr 2022 beim Berliner Krisendienst bei über 3100 Kontakten (zwischen 3 und 8 % je nach Dienst und Region).

Hinzu kommen Gespräche mit Menschen nach Suizidversuch oder Begleitung von Angehörigen, die Menschen durch Suizid verloren haben. In beiden Fällen dienen die Gespräche auch der Prävention von Suizidalität. Zudem kommen mittelbar Betroffene hinzu- insbesondere Angehörige von suizidalen Menschen aber auch Fachpersonen aus unterschiedlichsten Kontexten, die sich um einen Menschen sorgen, der Suizidgedanken oder- absichten geäußert hat.

Das psychosoziale Fachpersonal des Berliner Krisendienstes verfügt über die erforderliche Expertise und Erfahrung für Krisenintervention und -begleitung im Sinne von Suizidprävention.

Der Berliner Krisendienst erfüllt mit seinem Angebot den fachlichen Anspruch von niedrigschwelliger Suizidprävention: die Beratung bzw. Unterstützung ist ohne Barrieren, z.B. eine ärztliche Überweisung, zugänglich und erfolgt für alle Menschen kurzfristig, kostenlos und anonymisiert.

Zur Niedrigschwelligkeit zählt auch das breite Angebot unterschiedlicher Zugangswege: sei es anonym am Telefon, das persönliche Gespräch im Standort, online per Videoberatung oder in akuten Fällen durch einen mobilen Einsatz am Ort der Krise.

Gerade bei schweren komplexen psychosozialen und suizidalen Krisen, kann es entscheidend darauf ankommen, auch nach der Erstintervention ein Mindestmaß an personeller und konzeptioneller Kontinuität sicherzustellen. Nicht selten ist eine Akutintervention nur dann zielführend, wenn über den Erstkontakt hinaus weitere Folgegespräche bei derselben Beratungsperson angeboten werden können. Entsprechend unseres Prinzips „ambulant vor stationär“ ist es daher sinnvoll, dass suizidale Menschen über einen längeren Zeitraum ambulant begleitet werden können. Stationäre Aufnahmen bei akuter und nicht anders abzuwendender Suizidalität bzw. bei bestehendem Wunsch nach stationärer Aufnahme werden vom Berliner Krisendienst fachgerecht angebahnt und begleitet.

Der Berliner Krisendienst ist von Beginn an Mitglied im Berliner Netzwerk für Suizidprävention und engagiert sich auf vielfältige Weise in Netzwerken. Die Wichtigkeit des vernetzen Arbeitens in der Suizidprävention findet sich auch in unserem Konzept der Zusammenarbeit mit vernetzen Honorarkräften aus den jeweiligen Bezirken unserer Standorte wieder.

Suizidalität kennt viele verschiedene Kontexte. Um allen Betroffenen und den unterschiedlichen Risikogruppen gerecht zu werden, ist eine breite Ausdifferenzierung des Hilfenetzes nötig und richtig, wie sie im Berliner Netzwerk für Suizidprävention vertreten ist.

Kontakt:

Für Rückfragen steht die Gesamtkoordinatorin des Berliner Krisendienstes gern zur Verfügung:
Sophie Bootz, Tel. 0157-85007006, info@berliner-krisendienst.de